



**22. Ordentliche Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)**

**Mehr! Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität
17. bis 19. Juni 2016
Messe Magdeburg**

Rede Elke Ferner, MdB

**Bundvorsitzende der
Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
am 17. Juni 2016**

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Frauen,
liebe Genossinnen,
liebe Gäste,

bei unserer letzten Bundeskonferenz vor 2 Jahren, waren wir gerade einmal ein halbes Jahr in der Regierung.

Und wenn ich auf die letzten 2 Jahre zurückblicke, waren das nicht nur zwei turbulente Jahre.

Es waren auch 2 Jahre, in denen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits viele unserer Forderungen - auch langjährige Forderungen der ASF - durchgesetzt haben.

Wir haben Wort gehalten und trotzdem sind die Umfragewerte für die SPD im Keller.

Das liegt nicht nur am Erstarken rechtsextremer Gruppen wie der AfD oder sog. besorgter Bürger.

Es liegt auch nicht nur an allgemeiner Politikverdrossenheit oder anderen externen Einflüssen.

Es liegt auch ein Stück weit an uns selbst.

In einer Partei wie der SPD darf es kein Ihr (gemeint sind meistens die in Berlin) und wir (gemeint ist meistens der Rest der SPD) geben.

Es kann nur ein Wir geben.

Wir streiten gemeinsam für unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Gemeinden, in den Kommunen, in den Landkreisen, in den Bundesländern, auf der Bundesebene und in Europa.

Dieses Ihr und Wir überdeckt unsere Gemeinsamkeiten und vor allem: es überdeckt unsere Erfolge.

Ich bin sehr dafür, auch zu streiten und über das zu reden, was wir noch nicht erreicht haben – meistens übrigens, weil unser Koalitionspartner es nicht wollte.

Ich bin aber noch mehr dafür, über die 90 Prozent zu reden, die wir erreicht haben und zwar trotz unseres Koalitionspartners.

Wenn wir nicht über unsere Erfolge sprechen, tut es niemand.

Und wenn niemand unsere Erfolge kennt, warum sollte er oder sie uns dann wählen?

Liebe Genossinnen,

Mindestlohn

Nach jahrelangem Kampf haben wir den **gesetzlichen Mindestlohn** durchgesetzt.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und gegen viele Widerstände.

Nach anderthalb Jahren stellen wir fest:

Der Mindestlohn wirkt.

Und er kommt vor allem Frauen zugute.

62 Prozent der Tätigkeiten, die durch den Mindestlohn aufgewertet wurden, werden von Frauen ausgeübt.

2,5 Millionen Frauen profitieren vom Mindestlohn.

Das alleine ist schon ein Riesenerfolg.

Entgegen den Unkenrufen von Herrn Prof. Sinn und anderen hat der Mindestlohn nicht zum Verlust von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geführt.

Im Gegenteil!

Gerade in den Branchen, in denen der Mindestlohn wirkt, gibt es jetzt mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Insgesamt rund 90.000 zusätzliche SV-pflichtige Jobs mehr und über 100.000 Mini-Jobs weniger.

Der Rückgang der Mini-Jobs ist zu verschmerzen, denn wir waren immer der Auffassung, dass Frauen nicht irgendeine Arbeit, sondern gute Arbeit mit sozialer Absicherung brauchen. Davon gibt es jetzt mehr.

Der Mindestlohn hat auch dazu beigetragen, dass sich die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern um einen Prozentpunkt verringert hat.

Das zeigt: Der Mindestlohn ist auch ein gleichstellungspolitisches Instrument.

Allerdings reicht das bei weitem nicht aus. Wir sind mit 21 Prozent Lohnlücke europäisches Schlusslicht.

Wir brauchen endlich eine gesetzliche Regelung für mehr Lohngerechtigkeit und keine Blockade der Union und der Wirtschaft. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Liebe Genossinnen,

Die ASF hat lange vor der SPD für die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** gestritten.

Die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Dreh- und Angelpunkt für die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Solange die Vereinbarkeitsfrage in erster Linie das Problem der Frauen ist, solange wird ein Arbeitgeber Männer bevorzugen, wenn es um Einstellungen und Beförderung geht.

Heute wollen Frauen und Männer beides: Sie wollen sich um die Erziehung der Kinder kümmern und sie wollen gleichzeitig auch im Beruf erfolgreich sein.

60 Prozent der Paare mit kleinen Kindern wünschen sich eine partnerschaftliche Aufteilung der Berufs- und Familienpflichten.

Doch nur 14 Prozent der Eltern gelingt es, das umzusetzen.

Und es werden auch mehr und mehr Männer, die sich mit ihren Partnerinnen zusammen um pflegebedürftige Angehörige kümmern wollen oder müssen, ohne ganz aus dem Beruf aussteigen zu müssen.

Und dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen!

Das Risiko, einen potentiellen Vater bzw. Pflegenden einzustellen, muss gleich hoch sein wie bei einer potentiellen Mutter – erst dann ist tatsächliche Gleichstellung möglich.

Wichtige Schritte hin zu mehr Partnerschaftlichkeit haben wir mit dem ElterngeldPlus und dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf geschafft.

Der nächste konsequente Schritt ist die Familienarbeitszeit. Das muss eine zentrale Forderung in unserem Regierungsprogramm für die nächste Wahlperiode werden.

Neben finanzieller Unterstützung und Zeit für Familien brauchen wir auch eine bedarfsgerechte Infrastruktur zur Betreuung der Kinder und zur Unterstützung der häuslichen Pflege.

Bei der Betreuung der Kinder im Vorschulalter sind wir dank der Rechtsansprüche weit gekommen.

Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen beträgt 32 Prozent – das ist doppelt so viel wie noch im Jahr 2006!

In dieser Legislaturperiode hat der Bund das bestehende Sondervermögen für die Kinderbetreuung um 500 Millionen aufgestockt auf 1 Milliarde Euro. Zudem erhöht der Bund für 2017 und 2018 seine Beteiligung an den Betriebskosten um nochmals weitere 100 Millionen Euro.

Und wir haben das Geld, das der Bund aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes einspart, den Ländern zur Verbesserung der Betreuungsangebote zur Verfügung gestellt.

Die Länder müssen das Geld aber auch dafür verwenden.

Wir brauchen aber auch eine Lösung für die Schulkinder.

Es kann ja nicht sein, dass Frauen eine Vollzeiterwerbstätigkeit ausüben können, solange die Kinder noch nicht schulpflichtig sind, aber wenn sie dann eingeschult werden, noch nicht mal mehr einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen können.

Deshalb brauchen wir einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz oder zumindest auf eine Nachmittagsbetreuung.

Und damit der Bund dann auch mitfinanzieren kann, muss das Kooperationsverbot fallen. Es ist höchste Zeit dafür!

Was für die Kinderbetreuung richtig ist, kann für die Unterstützung der häuslichen Pflege nicht falsch sein.

Auch hier sind die Zuständigkeiten sehr zersplittert und die Kommunen sind auch hier nicht alleine in der Lage, die Unterstützungsinfrastruktur bereit zu stellen. Damit der Bund seine Verantwortung hierbei wahrnehmen kann, muss eine Gemeinschaftsaufgabe Demographie im Grundgesetz verankert werden.

Quote

Liebe Genossinnen,

der bisher größte Erfolg der SPD in dieser
Regierungsverantwortung ist ganz klar das **Quotengesetz für
mehr Frauen in Führungspositionen**.

Wie lange haben wir dafür gekämpft, liebe Genossinnen!

Seit 1982 fordert die ASF, dass Führungspositionen „in allen
Beschäftigungsbereichen und auf allen Ebenen je zur Hälfte
mit Frauen und Männern“ zu besetzen sind.

Knapp 35 Jahre später sind wir von einer paritätischen
Besetzung immer noch meilenweit entfernt.

Doch mit dem Quotengesetz haben wir die Türen soweit
aufgemacht, dass sie nicht mehr zugeschlagen werden
können.

Seit Januar gilt die feste Quote von 30 Prozent für alle
Neubesetzungen in den Aufsichtsräten von börsennotierten
und voll mitbestimmten Unternehmen.

Und soweit man das jetzt schon sehen kann - sie wirkt.

Sie wirkt, weil sie verbindlich ist, und weil es Sanktionen gibt.

Und deshalb muss in unser nächstes Regierungsprogramm
die Forderung:

Die feste Quote muss für mehr Unternehmen gelten.

Sie muss für mehr Gremien, insbesondere auch für die
Vorstand gelten.

Und sie muss schrittweise auf 50 Prozent erhöht werden.

Unser Ziel bleibt ganz klar die Parität!

Das kann aber nicht alles sein:

Wir kämpfen weiter für ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft und wir müssen auch dafür sorgen, dass die Gremien der Körperschaften des öffentlichen Rechts, also der Sozialversicherungen, Kammern usw. das gleiche gilt, was für den öffentlichen Dienst gilt:

Wir müssen auch dort für eine paritätische Besetzung der Gremien sorgen – für die Aufsichtsgremien und die Vorstände.

Liebe Genossinnen,

im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise hat die Union ihr Herz für Artikel 3 GG entdeckt und redet ununterbrochen davon, dass bei uns Männer und Frauen gleichgestellt sind.

Wenn es aber um konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern geht, blockiert die Union.

Unisono haben Union und Wirtschaftsverbände mehr Frauen in Führungspositionen als Belastung für die Wirtschaft bezeichnet.

Den Mindestlohn wollten sie eigentlich nicht.

Lohngerechtigkeit

Und ein Gesetz für mehr **Lohngerechtigkeit** wollen sie eigentlich auch nicht.

Seit Anfang Dezember 2015 liegt der Gesetzentwurf von Manuela Schwesig dem Bundeskanzleramt vor.

Und seitdem ist das weitere Verfahren blockiert.

21 Prozent Lohndifferenz im 21. Jahrhundert – das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit!

Und die muss beendet werden!

Es genügt nicht, jedes Jahr pünktlich zum Equal Pay Day die Fahnen zu schwenken und die Lohnlücke zu beklagen. Es muss endlich gehandelt werden.

Ein Gesetz für mehr Transparenz und mehr Lohngerechtigkeit ist im Koalitionsvertrag vereinbart.

Und wir erwarten, dass die Union und allen voran Frau Merkel sich an diese Vereinbarung halten.

Die Frauen in unserem Land haben Lohngerechtigkeit verdient!

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie unsere männlichen Kollegen.

Das wissen auch die Menschen in Deutschland: Über 80 Prozent finden den Lohnunterschied in Deutschland empörend und ungerecht.

Das sind 90 Prozent der Frauen, aber auch 76 Prozent der Männer!

Wir brauchen den Einstieg jetzt und wir werden in unserem Regierungsprogramm weitere Maßnahmen vorschlagen, damit auch in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten Entgeltberichte erstellt werden und die Lohndiskriminierung beendet wird.

Dazu müssen auch tarifliche Vereinbarungen auf Diskriminierung überprüft werden.

Die Gewerkschaft NGG macht das bereits und ich finde, es sollten sich alle anderen Gewerkschaften daran ein Vorbild nehmen.

Liebe Genossinnen,

Klar ist: Die Entgeltlücke hat viele Ursachen.

Da gibt es auch nicht das eine Gesetz, das die Lohnlücke auf einen Schlag schließt.

Der **Mindestlohn** ist ein Baustein.

Eine bessere Tarifbindung, die auch im Mindestlohngesetz ermöglicht wird, ist ein weiterer Baustein.

Was wir unbedingt brauchen ist das **Rückkehrrecht von Teilzeit zur alten Arbeitszeit**.

Es muss noch in dieser Legislaturperiode kommen!

Nur so kommen Frauen aus der Teilzeitfalle wieder heraus.

Und nur so sind auch mehr Männer bereit, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, damit sie ihren Teil der familiären Sorge übernehmen können.

Partnerschaftliche Vereinbarkeit, Familienarbeitszeit und bedarfsgerechte Infrastruktur sind weitere Bausteine.

Ein wichtiger Baustein fehlt noch:

Es geht eben auch um **gleichwertige Arbeit**.

Gerade die **sozialen Berufe** – mit einem Frauenanteil von rund 80 Prozent, werden in der Regel schlechter bewertet, als die sog. typischen Männerberufe.

Über 2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten im sozialen Sektor.

Und ich sage Euch: Diese klassischen Frauenberufe werden nur deshalb schlechter entlohnt, weil sie von Frauen ausgeübt werden!

Ich bin mir sicher: Wären es klassische Männerberufe – unsere Gesellschaft würde sie längst besser bezahlen!

Einen Beitrag zur Aufwertung der sozialen Berufe leisten wir mit der **Reform der Pflegeberufe**.

Und auch in den anderen sozialen Berufen muss sichergestellt werden, dass kein Schulgeld gezahlt werden muss und dass eine Ausbildungsvergütung bezahlt wird.

Warum sollen die Auszubildenden in einem typischen Frauenberuf noch Geld mitbringen müssen, während in klassisch männlichen Ausbildungsberufen ganz selbstverständlich eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird?

Nur wenn wir die sozialen Berufe anständig bezahlen, bekommen wir auch mehr Männer dazu, diese Berufe zu wählen!

Nur 40 Prozent der Ausbildungsplätze gehen an junge Frauen.

Eine Bürokauffrau, verdient im Durchschnitt 2.250 Euro im Monat.

Der Kfz-Mechaniker verdient durchschnittlich rund 2.524 Euro.

Eine Studie des DIW zeigt:

Die Brutto-Stundenverdienste in Berufen mit über 70 Prozent Frauenanteil sind im Schnitt 40 Prozent geringer als in typischen Männerberufen.

Das sind ganze 8 Euro pro Stunde!

Derzeit rüstet die Wirtschaft massiv auf und zieht gegen Manuelas Gesetzentwurf ins Feld.

Aber der Schuss des Instituts der Deutschen Wirtschaft von Anfang der Woche ging nach hinten los.

Frauen sind nicht selbst schuld an der Lohnlücke und man kann die Lohnlücke auch nicht klein rechnen.

Aber Frauen dürfen nicht schuld daran sein, dass ein wirksames Gesetz auf Eis gelegt wird.

Und deshalb muss die Union und vor allem Frau Merkel diese Blockade jetzt beenden.

Alleinerziehende

Anrede

Leider fehlt es manchmal auch in „unseren“ Ministerien an Fingerspitzengefühl.

Nachdem wir es mit viel Mühen geschafft haben, erstmals nach 2004 den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende im Zusammenhang mit der Kindergelderhöhung anzuheben, kommen aus dem Arbeitsministerium Vorschläge, die ausgerechnet bei alleinerziehenden SGB II-Empfängerinnen den Kinderregelsatz kürzen, wenn das Kind Umgang mit dem Vater hat.

Was für ein Wahnsinn!

Zum Glück ist das jetzt vom Tisch.

Stattdessen muss jetzt eine Regelung gefunden werden, die den Mehrbedarf für den Umgang mit dem getrennt lebenden Elternteil abdeckt.

Alleinerziehende sind „die Heldinnen und Helden des Alltags“.

Und deshalb brauchen wir Verbesserungen und keine Verschlechterungen für Alleinerziehende.

Liebe Genossinnen,

Schon auf unserer letzten Bundeskonferenz haben wir gefordert:

Nein muss Nein heißen!

Kein Verbrechen in Deutschland wird so selten bestraft wie eine Vergewaltigung.

Von 1.000 Vergewaltigungen werden nur ca. 50 angezeigt.

Und von 50 angezeigten Vergewaltigern werden nur 9 verurteilt.

Damit muss Schluss sein!

Schon im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf geeinigt, die Schutzlücken im Sexualstrafrecht zu schließen.

Nachdem der Gesetzentwurf von Heiko Maas ein halbes Jahr im Kanzleramt vor sich hin geschmort hat, wurde er kurz vor Weihnachten in die Verbändeanhörung gegeben.

Ich weiß nicht, wer die göttliche Eingebung dazu hatte.

Stellt Euch mal vor, das wäre erst nach der Silvesternacht in Köln passiert.

Spätestens nach Köln hätte der Grundsatz „Nein heißt Nein“ nach der Verbändeanhörung in den Gesetzentwurf aufgenommen werden müssen.

Das ist leider nicht erfolgt!

Jetzt sind wir im parlamentarischen Verfahren und ich bin froh, dass wir uns mit den Frauen in der Union einig sind, dass wir den Grundsatz „Nein heißt Nein“ jetzt umsetzen werden.

Und ich bin auch froh, dass die beiden Fraktionsvorsitzenden das unterstützen.

An dieser Stelle möchte ich den Frauenverbänden danken, allen voran

dem Deutschen Frauenrat und dem djf,

sowie Terres des Femmes,

dem bff,

der ZIF,

dem KOK und

der Frauenhauskoordinierung.

Sie haben ein breites Frauenbündnis organisiert und uns auch mit fachlichem Rat unterstützt.

Aber mein ganz besonderer Dank gilt Eva Högl!

Eva hat die grundlegenden Formulierungsvorschläge erarbeitet. Auf der Basis haben wir eine Einigung erzielt.

Wir wollen noch vor der Sommerpause im Bundestag darüber abstimmen.

Liebe Eva, ganz, ganz herzlichen Dank!

Ich möchte den Tag nicht vor dem Abend loben, aber es sieht ganz danach aus, dass ein Nein auch in Deutschland bald Nein heißen wird.

Das ist ein großer Erfolg für die ASF, liebe Genossinnen!

Anrede

Bisher werden wir immer noch als Partei der alten, weißen Männer wahrgenommen.

Frauen kommen – wenn überhaupt – nur in der zweiten Reihe vor.

Noch nie hatten wir eine Frau als Vorsitzende. Weder in der Partei noch in der Bundestagsfraktion.

Nur 4 Landesverbände und Bezirke werden von Frauen geführt. Immerhin besteht in Ba-Wü die Möglichkeit, dass eine Frau Landesvorsitzende wird.

Nur 19 Prozent der Ortsvereins-Vorsitzenden und nur 23 Prozent der Unterbezirks-Vorsitzenden sind Frauen.

Wir sind immer noch eine Partei der Stellvertreterinnen.

Wenn wir selbst nicht vorleben, was wir politisch fordern, werden wir verloren gegangenes Vertrauen nicht zurück gewinnen.

Da helfen auch noch so gute und richtige
gleichstellungspolitische Beschlüsse und Forderungen nicht
weiter!

Den politischen Inhalten muss nun auch das Bild der SPD als
moderne und vielfältige Partei folgen.

Und dafür muss die SPD weiblicher werden!

Selbst die Union wirkt viel frischer, weiblicher und jünger als
die SPD.

Und das liegt ganz bestimmt nicht an den Inhalten!

Wir fordern zurecht:

Mehr Frauen in Führungspositionen.

Mehr Partnerschaftlichkeit.

Und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und
Ehrenamt.

Das muss auch in der SPD möglich sein.

Auf dem Bundesparteitag 2015 in Berlin hat die SPD die
Chance vertan, ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen.

Bei unserem Antrag zur Ermöglichung der **Doppelspitze** hat
sich gezeigt, dass die SPD noch nicht einmal reif ist für eine
inhaltliche Diskussion über eine Modernisierung.

Einige von Euch waren in Berlin dabei:

Nach nur wenigen Wortbeiträgen wurde Schluss der Debatte
beantragt. Ein Austausch von Argumenten war überhaupt
nicht möglich.

Es ist in unserem Antrag nur um die Möglichkeit gegangen, paritätisch besetzte Doppelspitzen einzuführen.

Niemand sollte zu seinem oder ihrem Glück gezwungen werden.

Wir wissen, dass viele Ortsvereine sich das wünschen.

Immer häufiger haben wir schon heute Schwierigkeiten, ehrenamtliche Vorsitzende zu finden. Die damit verbundene Arbeit und der zeitliche Aufwand sind der oder dem Einzelnen einfach zu viel.

Und wenn dann 2 sagen: wir teilen uns die Verantwortung – dann steht die Satzung dagegen.

Die SPD kann es sich nicht leisten, auf die Erfahrungen und Talente der 40- bis 55-jährigen Männer und Frauen in Führungspositionen der SPD zu verzichten.

Und deshalb müssen wir einen neuen Anlauf machen.

Anrede

Und dafür müssen wir aber auch etwas tun. Denn wir haben das Thema Doppelspitze bis auf wenige Ausnahmen nicht in den Gliederungen diskutiert.

Wir müssen sofort nach der Bundeskonferenz damit beginnen. Tragt die Diskussion in die Ortsvereine, Unterbezirke und Landesverbände.

Bringt den Antrag ein, damit es beim nächsten ordentlichen Parteitag viele solcher Anträge gibt und damit endlich mal darüber diskutiert und abgestimmt werden kann.

Es geht um die Möglichkeit zur Doppelspitze – nicht um Zwang.

Mit der Doppelspitze bekommen wir mehr Frauen in Führungspositionen.

Mit der Doppelspitze fördern wir Partnerschaftlichkeit und verbessern die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.

Das sind unsere Forderungen an die Privatwirtschaft.

Und das muss auch unser Anspruch an uns als Partei sein!

Nur so können wir glaubwürdig sein!

Anrede

Und die Doppelspitze ist nur ein Beispiel.

Ein anderes ist die **Einhaltung der Quote**.

Auch im Jahre 2016 ist die Mindestquote von 40 Prozent immer noch nicht überall erfüllt – und das 28 Jahre nach dem Quotenbeschluss von Münster!

Auch wenn wir dank des Reißverschlusses im Bundestag nach der Wahl 2013 erstmals die magische 40 Prozent-Marke in der SPD-Fraktion geknackt haben.

Wir haben immer noch Landesparlamente mit einem Frauenanteil von nicht einmal 25 Prozent.

Zum Beispiel in Baden-Württemberg:

Da sind nur 24,5 Prozent Frauen im Landtag.

Und wie viele Frauen hat die SPD-Fraktion? 10,5 Prozent!

Sogar die AfD hat einen höheren Frauenanteil als wir!

Ein ähnliches Bild haben wir in der Kommunalpolitik:

Dort sind nur 25 Prozent der ehrenamtlichen Mandate in den Stadträten und Kreistagen von Frauen besetzt.

Gerade in kleineren Kommunen gibt es immer noch „frauenfreie“ Räte.

Noch schlimmer sieht es bei den Führungspositionen auf der kommunalen Ebene aus:

96 Prozent der hauptamtlichen Bürgermeister sind männlich,
94 Prozent der Landräte
und 85 Prozent der Oberbürgermeister.

Das heißt umgekehrt:

Es gibt nur

15 Prozent Oberbürgermeisterinnen,
nur 6 Prozent Landrätinnen und
nur 4 Prozent hauptamtliche Bürgermeisterinnen.

Das ist wirklich eine Schande für unser Land!

Anrede

Die feste Quote in der Wirtschaft wirkt, weil es den „leeren Stuhl“ als Sanktion gibt.

Und in unserer Partei

glauben noch immer einige Verantwortliche, dass die Quote gar nicht für Kommunalwahlen gilt.

Oder es wird bewusst gegen die Satzung verstoßen.

Hier müssen auch die jeweils übergeordneten Vorstände und die Hauptamtlichen auf die Einhaltung der Quote drängen.

Auch sie dürfen nicht einfach nur wegsehen.

Die Erfahrung zeigt: Wir brauchen Sanktionen, damit niemand mehr auf die Idee kommt, die Quote auszuhebeln.

Am liebsten wäre mir, wenn die jeweils übergeordneten Vorstände der ASF die Schiedskommission anrufen dürfen!

Die Quote muss eingehalten werden:

- bei der Besetzung von Parteigremien,
- bei Delegiertenwahlen
- und bei den Listenaufstellungen.

Und Wahlen, die den Vorgaben nicht entsprechen, dürfen nicht länger akzeptiert werden.

Der Landesparteitag in Niedersachsen hat im April dieses Jahres die Landessatzung so geändert, dass der Reißverschluss für die Listenaufstellung für die Landtagswahl durch das alte 5er-Päckchensystem ersetzt wird.

Dieses Verfahren stellt aber nicht in jedem Fall die Mindestquote von 40 Prozent sicher und deshalb werden wir die Schiedskommission anrufen.

Es reicht!

In einer Regierungskoalition kann man die eigenen Forderungen nicht immer 1:1 umsetzen.

Da muss man Kompromisse machen.

Da muss man auch das ein oder andere unliebsame Projekt des Koalitionspartners mittragen.

Aber parteiintern darf es keine Ausreden geben!

Liebe Genossinnen,

Ich möchte noch mal auf die Umfragewerte zurückkommen.

Man wird gewählt,

wenn man seine Versprechen eingehalten hat
– das haben wir getan und sind auch noch dabei –
darüber müssen wir aber auch reden.

Und man wird gewählt, wenn man glaubwürdig ist und die
Menschen wissen, wo man hin will.

Daran müssen wir noch arbeiten.

Wir müssen wieder deutlich machen, dass wir für eine
weltoffene, tolerante und teilhabeorientierte Gesellschaft
stehen.

Für eine Gesellschaft,

in der diejenigen, die Unterstützung brauchen, sie auch
bekommen.

Für eine Gesellschaft,

in der Migrantinnen und Migranten ihren Platz finden.

In der Menschen mit Behinderungen umfassend teilhaben
können

Und die Minderheiten schützt.

Für eine Gesellschaft, in der Schwule, Lesben, Transgender
und Intersexuelle die gleichen Rechte haben wie alle
anderen auch.

Für eine Gesellschaft, in der es gerecht zugeht: in der nicht nur die Chancen gerecht verteilt werden, sondern in der auch Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit herrscht.

Und für eine Gesellschaft,

in der Frauen und Männer die gleichen Rechte haben und sich gleichermaßen verwirklichen können im Beruf und in der Familie.

Wir müssen zuerst unsere Ziele benennen und dann sagen mit welchen Maßnahmen wir sie erreichen wollen.

Dann werden auch die Unterschiede zur Union wieder deutlich.

Und dann können wir die Menschen und insbesondere die Frauen mobilisieren.

Anrede

Jetzt geht es darum, das Profil wieder zu schärfen und sich klar abzugrenzen von der Union.

Die SPD muss wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit sein in diesem Land.

Und klar ist: Ohne die Gleichstellung von Frauen und Männern kann es keine soziale Gerechtigkeit geben!

Das Gute ist: Der Parteivorstand hat ausgerufen, dass soziale Gerechtigkeit das zentrale Wahlkampfthema sein soll.

Und deshalb werden wir uns als ASF auch einmischen – auf allen Ebenen.

Denn Gleichstellung ist das Gerechtigkeitsthema.

Anrede

Wir müssen die **Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt** weiter vorantreiben.

Zwar ist die Erwerbsquote von Frauen in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen.

Die Frauenerwerbsquote ist seit 2000 von 63 Prozent auf über 72 Prozent angestiegen.

So weit so gut.

Doch im gleichen Zeitraum ist die Zeitdifferenz der wöchentlichen Arbeitszeit von Frauen und Männern kontinuierlich angestiegen.

Durchschnittlich arbeiten Frauen rund 9 Stunden weniger als Männer – das sind ganze 23 Prozent!

Ich muss Euch nicht sagen, dass es sich hier nur um bezahlte Arbeit handelt! Die unbezahlte Sorge-Arbeit wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet.

Mehr als 55 Prozent der Frauen arbeiten heute in Teilzeit oder Minijobs!

2001 waren es noch 42 Prozent!

Die Auswirkungen auf die Rente sind bekannt – und sie sind fatal:

Wir haben heute eine Rentenlücke von 57 Prozent.

Die Rente ist der Spiegel des Erwerbslebens.

Und deshalb brauchen wir bessere Erwerbschancen und bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Nach dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz muss jetzt der Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz folgen.

Familienarbeitszeit, Equal Pay, Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit, mehr Frauen in Führungspositionen, Aufwertung der sozialen Berufe und bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, das sind die Stichworte.

Im nächsten Wahlkampf wird auch die Rente zentrales Thema sein.

Dazu haben wir schon viele gute Beschlüsse gefasst.

Die müssen wir in die aktuelle Diskussion einbringen.

Wir brauchen die Solidarrente oder solidarische Mindestrente gerade für Frauen – aber zu anderen Bedingungen als sie im aktuellen Koalitionsvertrag stehen.

Ohne obligatorische Private Vorsorge und schon nach 30 Versicherungsjahren. Das würde Millionen von Frauen, die wegen Kindererziehung aus dem Beruf ausgestiegen sind oder ihre Arbeitszeit reduziert haben, wirklich helfen.

Der Vorrang der Beitragssatzstabilität muss zugunsten eines höheren Rentenniveaus vom Tisch.

Und wenn wir zusätzlich Geld in die Hand nehmen, dann muss die gesetzliche Rente gestärkt werden. Denn gerade Frauen haben meistens keine oder nur eine kleine betriebliche Altersvorsorge.

Wir brauchen auch für die, die ihre Angehörigen gepflegt haben, eine bessere Anerkennung in der Rente.

Und wir müssen endlich den Einstieg in eine Erwerbstätigenversicherung machen, in die auf die lange Sicht alle einbezahlen.

Die Rente muss für ein würdiges Leben im Alter reichen.

Das muss unser Anspruch sein.

Und dafür müssen wir kämpfen!

Die **sozialen Berufe** – ich habe es angesprochen – müssen aufgewertet werden.

Da geht es um den Verdienst. Da geht es aber auch um die Ausbildung – für die manche ja sogar noch Schulgeld bezahlen müssen.

Das wird auch etwas kosten – da müssen wir uns gar nichts vormachen.

Aber das muss uns Arbeit wert sein:

- die Arbeit von Erzieherinnen,
- die Arbeit von Altenpflegehelferinnen,
- oder die Arbeit von Sozialassistentinnen.

Von Wertschätzung alleine können diese Frauen nicht leben.

Und zur Gerechtigkeit gehört auch ein geschlechtergerechtes Steuersystem, das Partnerschaftlichkeit unterstützt anstelle des Ein-Ernährermodells.

Kurz gesagt:

Soziale Gerechtigkeit muss auch bei den neuen Herausforderungen wieder die Richtschnur der SPD sein.

Viele Menschen haben in den letzten Jahren **in Deutschland Zuflucht gesucht.**

Zuflucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien.

Zuflucht vor den Gräueltaten des so genannten Islamischen Staates.

Zuflucht vor Verfolgung etwa aufgrund der sexuellen Identität oder aufgrund des Geschlechts.

30 Prozent der nach Deutschland Geflüchteten sind Frauen und Mädchen.

Frauen, die nach Deutschland fliehen, müssen hier sicher sein vor Gewalt.

Und sie müssen die Chance auf Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft bekommen.

Dafür müssen wir sorgen!

Wir müssen diesen Frauen und Mädchen eine Stimme geben.

Damit sie nicht vergessen werden – dieses Mal nicht.

Bei den Gastarbeitern in den 70-er Jahren und dem Zuzug in den 90er Jahren hat niemand an die Frauen gedacht.

Keine Sprachkurse für die Frauen.

Keine Arbeitsmarktmaßnahmen für die Frauen.

Und keine Kinderbetreuung, damit sie überhaupt am gesellschaftlichen Leben hätten teilhaben können.

Aus diesen Fehlern müssen wir lernen!

Wir dürfen nicht die alten Fehler wiederholen und bei der Integration nur auf die Männer setzen.

Frauen haben das gleiche Recht auf Teilhabe.

Und es sind oft die Frauen, die die Familien mitziehen.

Diese Chance dürfen wir nicht vergeben.

Das ist eine Chance nicht nur für die geflüchteten Frauen.

Das ist auch eine Chance für die gesamte Gesellschaft!

Dafür müssen wir als ASF uns stark machen.

Das müssen wir der Union, aber auch unseren eigenen Genossinnen und Genossen immer wieder klarmachen!

Ich finde es ist wirklich ein Trauerspiel, dass wir seit dem letzten Jahr immer wieder Schutzkonzepte für Frauen und Kinder in den Flüchtlingseinrichtungen einfordern und die Union und die Unionsgeführten Bundesländer allen voran Bayern dies ständig ablehnen.

Allerdings mussten unsere eigenen Länder auch zum Jagen getragen werden.

Und leider hat die MPK gestern wieder nichts dazu beschlossen.

Anrede,

Es machen sich Kräfte breit in unserem Land, deren Menschenbild aus den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts ist.

.

Wir müssen aufstehen gegen AfD, Pegida und Co.

Überall in Europa sind **rechte Parteien** auf dem Vormarsch.

Und auch in Deutschland hat die AfD bei den letzten Landtagswahlen Erfolge erzielt.

Gerade als Frauenorganisation sind wir hier gefordert!

Denn die AfD ist frauenfeindlich!

Ihr Programm ist frauenverachtend!

Hier wird auf ein vorvorgestriges Frauenbild zurückgegriffen:

- Frauen werden auf ihre Rolle als Mutter reduziert,
- das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wie etwa das Abtreibungsrecht soll eingeschränkt werden,
- Frauenförderung und Geschlechterquoten werden rigoros abgelehnt,
- Feminismus und Gender Mainstreaming werden diffamiert
- und Gleichstellungspolitik für überflüssig erklärt.

Einen solchen Rückschritt in unserer Gesellschaft braucht kein Mensch. Dagegen müssen wir aufstehen!

Die AfD hat sogar eine innerparteiliche Frauen-Arbeitsgemeinschaft per Satzung verboten.

Die AfD lehnt jegliche aktive Gleichstellungspolitik und Frauenförderung ab.

Und

auch die Familienpolitik der AfD ist reaktionär:

Die AfD kennt nur die Vater-Mutter-Kind-Familie.

Krippen und Ganztagschulen, aber auch Jugendämter und Familiengerichte werden als Bedrohung für das elterliche Erziehungsrecht angesehen.

Das entspricht aber nicht der gesellschaftlichen Realität!

Ein Drittel der Kinder wächst inzwischen außerhalb von Ehen auf.

Jede fünfte Familie ist eine Ein-Eltern-Familie.

Und viele Kinder erleben im Laufe ihres Aufwachsens mehrere Familienformen.

Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Die AfD verfolgt das Ideal der Vollzeit-Mutter.

Diese Entwicklung kennen wir aus der Geschichte:

Auch im Nationalsozialismus sollten Frauen sich in der Gesellschaft auf ihre Rolle als Mütter beschränken.

Wir werden unsere Errungenschaften verteidigen!

Die SPD ist von Anfang an auch die Partei der Gleichstellung – angefangen vom Frauenwahlrecht über die rechtliche Gleichstellung bis hin zur Modernisierung des Familienrechts.

Wir Frauen bestimmen selbst über uns!

Und das muss auch die Botschaft unserer Genossen sein.

Das ist nicht nur ein Frauenthema!

Da ist nicht nur die gesamte SPD gefordert – sondern die ganze Gesellschaft.

Liebe Genossinnen,

nachdem der amtierende Bundespräsident erklärt hat, dass er für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung steht, müssen wir uns jetzt dafür stark machen, dass endlich eine Frau das nächste Staatsoberhaupt wird!

Schluss

Anrede

ich möchte mich schon mal an dieser Stelle bedanken.

Bei Evelyne Gebhard, die fast länger Mitglied im ASF-Bundesvorstand ist als ich Parteimitglied.

Evelyne hat nicht nur die Antragskommission souverän und umsichtig geleitet.

Sie verkörpert als gebürtige Französin, die in Deutschland lebt und in Brüssel als eine der profiliertesten Europapolitikerinnen für ein gerechtes Europa streitet, die europäische Idee wie kaum eine andere.

Ich möchte mich bedanken bei Gabriele Stillger, die ebenfalls viele Jahre im ASF-Bundesvorstand insbesondere die Sozialpolitik im Fokus ihrer Arbeit hatte.

Ich möchte mich bedanken bei Ioanna Zacharakis, die seit dem letzten Sommer in Griechenland und in Deutschland all ihre Kraft in die Flüchtlingshilfe gesteckt hat.

Danke an Eva Brackelmann, die zuletzt als stellvertretende Bundesvorsitzende dem Bundesvorstand angehörte und nicht nur in Sachsen eine großartige Arbeit geleistet hat.

Danke auch an Katrin Behrmann, die in Hamburg und im ASF-Bundesvorstand seit vielen, vielen Jahren aktiv ist.

Danke an Brigitte Pless, die ASF-Frau der ersten Stunde in MV ist und die sich ebenfalls seit vielen Jahren im ASF-Bundesvorstand unermüdlich eingebracht hat.

Und Danke an Kerstin Mogdans, die im Bundesvorstand nicht nur Sachsen-Anhalt vertreten hat, sondern auch ihre arbeitsmarktpolitische Kompetenz eingebracht hat.

Ich möchte mich auch bei Euch allen bedanken, für die Unterstützung in den letzten Jahren.

Es lässt sich einfacher kämpfen, wenn man weiß, dass man so viele starke und engagierte Frauen im Rücken hat und manche Niederlage lässt sich auch besser ertragen.

Die meisten von Euch werden es bereits wissen: Ich werde zur nächsten Bundestagswahl nicht wieder kandidieren.

Und deshalb werde ich auch heute zum letzten Mal als Bundesvorsitzende kandidieren.

Eins kann ich Euch aber versprechen: Ich werde mich genauso wie bisher für unsere Positionen und Ziele einsetzen. In der SPD, in der Fraktion und in der Regierung.

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir dafür noch mal Rückenwind geben würdet.